

FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

„DANN BLEIB ICH MAL WEG“

DER MYTHOS DER „PARTEI“ DER NICHTWÄHLER

VIOLA NEU



INHALT

5 | ZUSAMMENFASSUNG

7 | 1. EINLEITUNG

9 | 2. FORSCHUNGSSTAND: DIE NICHTWÄHLER UND IHRE MOTIVE

15 | 3. METHODISCHE PROBLEME

17 | 4. STUDIENDESIGN DER UMFRAGE

19 | 5. DIE NICHTWÄHLER BEI BUNDESTAGSWAHLEN IN DER AMTLICHEN STATISTIK

24 | 6. AUSWERTUNG DER UMFRAGE „NICHTWÄHLER 2005 UND 2009“

6.1 Politisches Interesse der Nichtwähler	24
6.2 Distanz zur Politik der Nichtwähler	24
6.3 Wahlverhalten der Nichtwähler	27
6.4 Verbundenheit mit Parteien	32
6.5 Motive der Nichtwahl	36

45 | 7. DIE SOZIALSTRUKTUR DER NICHTWÄHLER

49 | DIE AUTORIN

49 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

ZUSAMMENFASSUNG

Nichtwähler sind Wähler und Wähler sind Nichtwähler. Alle Befunde¹ deuten darauf hin, dass es sich bei Wahlabstinenz überwiegend um eine temporäre und nicht um eine dauerhafte Entscheidung handelt.

Allerdings steigt die Wahlabstinenz auf allen Wahlebenen, wenn auch nicht kontinuierlich und gleichförmig. Man kann von einem „Aufzugseffekt“ sprechen, bei dem alle Wähler kontinuierlich zu höherer Wahlabstinenz neigen und eine (etwa) gleichmäßige Zunahme in allen Gruppen messbar ist. Generell neigen jüngere Wähler zu geringerer Wahlteilnahme. Die höchste Wahlbeteiligung findet man in der Altersgruppe der 60- bis 70-jährigen Wahlberechtigten. Danach sinkt die Wahlteilnahme wieder (vor allem bei über 70-jährigen Frauen).

Die Nichtwählerforschung in repräsentativen Umfragen hat eine Reihe von Problemen. Um möglichst „echte“ Nichtwähler zu befragen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung einen neuen Weg beschritten. Es wurden Personen erneut² befragt, die unmittelbar nach den Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Umfragen angaben, nicht gewählt zu haben. In diesem Zeitfenster liegt das tatsächliche und das berichtete Wahlverhalten nach den Erfahrungen der Meinungsforschungsinstitute sehr dicht beieinander, so dass die Chance erhöht wird, tatsächlich Nichtwähler anzutreffen.

Nichtwähler unterscheiden sich deutlich von Wählern. Bei ihnen spielt die Wahl als Ergebnis des Gefühls einer Bürgerpflicht nachzukommen, eine geringere Rolle. Vor allem ist die Bindung an Parteien bei ihnen schwach ausgeprägt. Fehlt die Parteiidentifikation oder ist sie, falls überhaupt vorhanden, nur schwach ausgeprägt, sinkt die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen. Damit fehlt die emotionale affirmative Komponente beim Wahlverhalten.

Nichtwähler sind keine Reservestammwähler der Parteien. Genau genommen findet man bei den Nichtwählern den Typus „Stammwähler“ als Ausnahme und nicht als Regel. Würden alle Parteien ihr gesamtes Nichtwählerpotential voll mobilisieren, wäre der Zuwachs nur geringfügig. Zwar würde die Wahlbeteiligung ansteigen, doch würden sich die Wahlergebnisse so gut wie nicht verändern, da nur die Stimmenanzahl und nicht die Prozentwerte dadurch verändert würden. Es würde außerdem für keine Partei einen strategischen Vorteil bringen, da sich die Nichtwähler relativ homogen über die Parteienlandschaft verteilen.

Die ehemaligen Nichtwähler tendieren auch aktuell stark zur Wahlabstinenz. Dies hängt hochgradig mit einer fehlenden Bindung an Parteien zusammen. Auch in den Nichtwahlmotiven spiegelt sich das wider. Eine Distanz zur Politik und das Gefühl, keinen Einfluss auf Politik zu haben, sind bei ihnen deutlich häufiger vertreten als klassische Protestmotive. Parteispezifische Nichtwahlmotive sind nicht relevant. Es gibt also keinen typischen Unions- oder SPD-Nichtwähler. Die These, dass Nichtwähler auch Wähler sind, wird dadurch gestützt, dass nur eine Minderheit von 23 Prozent der Nichtwähler von sich behauptet, grundsätzlich nicht zu wählen.

1| So auch die Ergebnisse der Wählerwanderungsbilanzen, die von Infratest dimap erhoben werden.

2| Eine Einwilligung, erneut befragt zu werden, lag vor.

1. EINLEITUNG

Nichtwähler sind immer wieder Thema nicht nur der politischen Seiten der Medien, sondern auch der Feuilletons. Nichtwahl wird häufig im Zusammenhang mit Demokratie-, Politik-, Politiker- und Parteienverdrossenheit diskutiert. Die Nichtwähler werden dabei meist als eine homogene Gruppe verstanden, der ähnliche Motive bei der Wahlabstinenz attestiert wird. Von ähnlichen Überlegungen müssen die Gründer der „Partei der Nichtwähler“¹ geleitet worden sein: „Die Partei der Nichtwähler will die Nichtwähler wieder ins politische System zurückholen, aus dem sie sich verabschiedet haben [...] Ziel ist, den politisch Frustrierten wieder Hoffnung auf grundlegende Veränderung und Reform der Politik zu geben und ihnen statt des ‚Neinsagens‘ eine Stimme zu geben, indem sie sich für das Reformprogramm der Partei der Nichtwähler aussprechen. Die negative Abkehrhaltung von der Politik soll in ein positives Reformbemühen umgewendet werden.“²

Das anhaltende Interesse an dieser vermeintlich homogenen Wählergruppe wird durch sinkende Wahlbeteiligungen befördert. Auf allen Wahlebenen gibt es immer wieder Schlagzeilen anlässlich der niedrigen Wahlbeteiligung. Bei der Bundestagswahl 2009 sank die Wahlbeteiligung auf 70,8 Prozent ab. Dies war die niedrigste Beteiligungsquote bei Bundestagswahlen überhaupt. Gab es zunächst in der Entwicklung der Bundestagswahlen eine kontinuierliche Zunahme der Wahlbeteiligung, die in den 1970er Jahren zweimal über 90 Prozent lag, so sank die Wahlbeteiligung seit den 1980er Jahren verhältnismäßig konstant ab.

Auch bei Europawahlen hat sich die Wahlbeteiligung in Deutschland mit zuletzt 43,3 Prozent bei der Europawahl 2009 auf einem niedrigen Niveau stabilisiert.³

Auf der Ebene der Bundesländer gibt es ein ständiges Auf und Ab. In Sachsen-Anhalt wurde 2006 mit 44,4 Prozent die niedrigste Beteiligung bei einer Landtagswahl gemessen; 2011 stieg sie hingegen wieder auf 51,2 Prozent an. Nachdem die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg 2006 um 9,2 Punkte gesunken war, hat es 2011 einen Zuwachs von 12,9 Punkten gegeben. Veränderungen der Wahlbeteiligung auf Landesebene im zweistelligen Bereich sind seit der Wiedervereinigung in Ost- wie Westdeutschland zur Normalität geworden. Auch dort, wo in den letzten Jahren Zuwächse bei Landtagswahlen zu verzeichnen sind, befindet sich die Wahlbeteiligung trotzdem insgesamt auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

1| <http://www.parteidernichtwaehler.de/> (Abruf: 23. Januar 2012).

2| <http://www.parteidernichtwaehler.de/grundsaeetze.php> (Abruf: 6. Juni 2012)

3| Hermann Schmitt, Cees van der Eijk, 2003, *Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl*, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.), *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Opladen, S. 279 ff. *Die für die Europawahlen herausgearbeiteten Faktoren der niedrigen Wahlbeteiligung sind auch für Landtagswahlen und Kommunalwahlen zutreffend. Entscheidend ist, dass bei diesen Wahlen eine Nebenwahl-Logik hohen Beteiligungsraten im Wege steht.*

2. FORSCHUNGSSTAND: DIE NICHTWÄHLER UND IHRE MOTIVE

Einig ist sich die Wahlforschung, dass von einer „Partei“ der Nichtwähler nicht gesprochen werden kann. Nichtwähler sind also als heterogene Wählergruppe mit unterschiedlichen Motivbündeln zu betrachten.

Kleinhenz hat in seiner 1995 erschienenen Studie sieben Nichtwählertypen identifiziert und dabei die Gültigkeit der Verdrossenheitshypothese relativiert.¹ Er spricht von „Gleichgültigkeit“ als neuer „Form politischer Unabhängigkeit und Distanz, die vor allem in jüngeren Altersgruppen zu beobachten“² sei. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Eilfort. Dessen Datenlage ist zwar nicht repräsentativ³, dafür hat er „echte“ Nichtwähler (anhand der Wählerlisten) interviewt. Auch er betont die Heterogenität der Nichtwähler, die nur gemeinsam hätten, „dass sie nicht wählen“⁴. Als Hauptgrund der Wahlabstinenz identifiziert er „nicht oder kaum vorhandene soziale Integration“, woraus er die Prognose ableitet: „Die Individualisierung schreitet voran und ‚Instanzen‘ wie Kirchen, Vereine, Familie, deren Wirken positive Folgen für die Neigung des einzelnen zur Stimmabgabe hat, verlieren weiter an Bedeutung.“⁵

Eine Untersuchung der Bundestagswahlen von 1994 bis 2005 sieht vor allem bei fehlender Parteibindung und Kandidatenpräferenz einen Zusammenhang mit der Stimmenthaltung.⁶ Schoen und Falter haben politisches Interesse, die

Stärke der Parteibindung und die Wahlnorm (die Wahl aus „bürgerlichem“ Pflichtgefühl) als langfristige sowie Kandidaten- und Programmpreferenzen als aktuell relevante Einstellungen identifiziert, welche Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit haben.⁷ „Das Elektorat besteht gewissermaßen aus zwei Segmenten, von denen eines unabhängig vom konkreten Angebot mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit an Bundestagswahlen teilnimmt [...] das andere setzt sich aus Bürgern zusammen [...] die aber von ansprechenden Kandidaten oder probaten Programmvorschlägen zur Stimmabgabe animiert werden können“.⁸ Diese „konjunkturellen“ Nichtwähler bestimmen somit über die Höhe der Wahlbeteiligung. Sie seien gleichermaßen von ihrer „ehemaligen“ Partei enttäuscht und würden vom Angebot einer anderen Partei nicht überzeugt.

In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach wird Nichtwahl nicht als Ausdruck politischer Verdrossenheit, sondern als Folge eines schwachen politischen Interesses gesehen.⁹

Merkel und Petring sehen in der sozialen Exklusion eine Ursache für die Wahlabstinenz. Demnach bleiben vor allem Menschen mit einer geringeren Ressourcenausstattung (Bildung und Einkommen) überdurchschnittlich häufig Wahlen fern.¹⁰ Dieser Befund wird von Schäfer bestätigt: „Während Bessergestellte weiterhin mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen, bleiben viele Arme zu Hause“¹¹. Da Bildung die Einkommenssituation maßgeblich beeinflusst, dürfte diese Variable die stärkste Erklärungskraft haben. In einer weiteren Studie kommt Schäfer¹² bei der Analyse von Großstädten zu dem Ergebnis, dass linke Parteien in Großstädten schlechter abschneiden, wenn die Wahlbeteiligung sinkt. Er weist nach, dass in Wohnvierteln, die schwächer von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind, die Wahlbeteiligung auch weniger gesunken ist.

Steinbrecher und Rattinger¹³ betonen die Bedeutung der Faktoren Parteibindung (Parteisympathie), politisches Interesse und Wahlnorm für die Höhe der Wahlbeteiligung. Dies erklärt die konstant geringere Beteiligung in den neuen Ländern. Die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, steigt bei Personen mit Akzeptanz der Wahlnorm um 27 Prozentpunkte, bei Befragten mit starkem politischen Interesse um 21 und bei Befragten mit einer maximalen Parteisympathie um 12 Punkte.¹⁴ In der Kontrastgruppenanalyse von „Dauernichtwählern“ und „Dauerwählern“ verfügen die Dauerwähler über eine starke Parteibindung und Parteisympathie und erkennen auch große Unterschiede zwischen SPD und Union. Sie

verfügen außerdem über eine hohe Akzeptanz der Wahlnorm. Sie interessieren sich überdurchschnittlich für Politik und sind sowohl mit dem politischen System, ihren eigenen Einflussmöglichkeiten und der Wirtschaftslage (eigener und aktueller) zufriedener.¹⁵

Diskutiert wird auch, welchen Einfluss die Nichtwähler auf das Wahlergebnis insgesamt haben. In einer Studie von Kohler¹⁶ wird von allen Bundestagswahlen seit 1949 bis 2009 nur für die Bundestagswahlen 1994, 2002 und 2005 eine (geringe) Wahrscheinlichkeit gemessen, dass es zu einer anderen Regierungsbildung hätte kommen können, hätten mehr Nichtwähler an den jeweiligen Wahlen teilgenommen. 2005 wäre nach seinen Berechnungen wahrscheinlich eine Große Koalition unter Führung der SPD entstanden. 2002 hätte Edmund Stoiber zwar mehr Stimmen als Gerhard Schröder bekommen können, doch hätte das auf die Regierungsbildung von Rot-Grün wohl keine Auswirkung gehabt. 1994 hätte eine geringe Wahrscheinlichkeit bestanden, dass die bürgerliche Koalition die Mandatsmehrheit verfehlt hätte. „Deshalb besteht kein Zweifel, dass die jeweils gebildete Regierung auch bei Teilnahme der Nichtwähler zustande gekommen wäre“.¹⁷

Im Zusammenhang mit den Europawahlen¹⁸ findet seit Jahrzehnten eine eigene Debatte über die niedrige Wahlbeteiligung statt. Dabei zeigt sich, dass hinter der schwachen Teilnahme ein Ursachenbündel steckt. Die Europawahl hat in der Wahrnehmung der Menschen eine untergeordnete Bedeutung. In der Wichtigkeits-Hierarchie von Wahlen steht die Bundestagswahl immer mit großem Abstand an erster Stelle, gefolgt von den Landtagswahlen. Kommunal- und Europawahlen liegen weit abgeschlagen dahinter. So hat sich schon nach der ersten Europawahl 1979 in der Forschung der Begriff „Second-Order-Election“¹⁹ etabliert. Andere²⁰ sprechen sogar von einer „Fourth-Order-Election“, da das Interesse an Kommunalwahlen größer ist als an der Europawahl.

Empirisch lässt sich belegen, dass die Menschen glauben, dass es bei Europawahlen um weniger geht, da keine Regierung gewählt wird. Daher ist das Interesse an Europawahlen immer sehr schwach ausgeprägt. Auch bei der Europawahl 2009 befand sich das Interesse an der Wahl deutlich unter dem Wert von Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Entgegen einem weit verbreiteten Tenor haben dezidiert europafeindliche²¹ Motive keinen Einfluss auf die Wahlbereitschaft: „Wachsende Nichtwähler-Anteile bei Europawahlen lassen sich nicht auf eine zunehmende Entfremdung vom politischen System der EU oder allgemeiner europafeindlicher Motive zurückführen. Sie scheinen eher daher zu rühren, dass diejenigen, die sich in Vergangenheit regelmäßig an Wahlen beteiligt haben [...] in immer größerer Anzahl zu Hause bleiben [...]“²² Schmitt und van der Eijk sprechen in diesem Zusammenhang von einem „Mangel an politischer Aufregung“, welcher ursächlich mit der empfundenen „politischen Folgenlosigkeit“²³ zusammenhänge, welche die Hauptursache für die niedrigen Wahlbeteiligungen sei.

In einer Studie über die Europawahl von 1999 bestätigt sich die These, dass nationale Nichtwahlmotive und europapolitische Nichtwahlmotive sehr unterschiedlich ausfallen. „Die große Nichtwählerschaft bei Europawahlen besteht zum überwiegenden Teil aus allgemein oder speziell an EU-Politik nicht interessierten Bürgern“.²⁴ An Bundestagswahlen nehmen auch diejenigen teil, die ansonsten an Politik wenig interessiert sind.

Auch das geringe Interesse der Bürger an der Europawahl kann in diesem Kontext interpretiert werden. In einer Vielzahl von Studien wurde nachgewiesen, dass die meisten Medien das Thema Europa weitgehend marginalisieren. „Entsprechend dürfte die geringe Aufmerksamkeit und Apathie, mit der die Bürger die Europäische Union allgemein und auch die Europawahlen bislang verfolgt haben, nicht zuletzt auf eine entsprechend unbefriedigende Berichterstattung zurückzuführen sein.“²⁵ Bei den Europawahlen 2004 und 1999 bezogen sich etwa 2 Prozent aller Beiträge auf die Europawahl.²⁶

Da koalitionstaktische Überlegungen keine Rolle spielen und es folgenlos ist, wenn man seiner sonst präferierten Partei einen „Denkzettel“ verpasst, kommen Wahlmotive ins Spiel, die bei Bundestagswahlen eine untergeordnete Bedeutung haben. Somit kann man auch von der „Ventilfunktion“ von Europawahlen sprechen.

- 1| Thomas Kleinhenz, 1995, *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*, Opladen.
- 2| a. a. O., S. 218.
- 3| *Er hat in Stuttgart eine Umfrage durchgeführt.*
- 4| Michael Eilfort, 1994, *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Paderborn, S. 338.
- 5| Michael Eilfort, 1994, *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Paderborn, S. 345.
- 6| Kerstin Völkl, 2007, *Nichtwahl – die Alternative für parteilich Ungebundene am Wahltag?*, in: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter (Hrsg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 32.
- 7| Harald Schoen, Jürgen W. Falter, 2003, *Wahlsieg, aber auch Wählerauftrag? Stamm-, Wechsel- und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002 und ihre Wahlmotive*, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2002*, München, S. 104.
- 8| a. a. O., S. 106.
- 9| <http://www.faz.net/themenarchiv/2.1242/bundestagswahl/allensbachumfrage-die-unverdrossenen-nichtwaehler-1829687.html> (Abruf: 23. Januar 2012).
- 10| Wolfgang Merkel, Alexander Petring, 2001, *Demokratie in Deutschland 2011. Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung*, S. 8 ff, <http://www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche/PartizipationundInklusion.php> (Abruf 23. Januar 2012).
- 11| Armin Schäfer, 2001, *Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger*, in: Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt, S. 139.
- 12| Armin Schäfer, 2012, *Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten*, in: PVS, 53 Jg., 2/2012, S. 261.
- 13| Markus Steinbrecher, Hans Rattinger, 2011, *Die Wahlbeteiligung*, in: Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Wessels (Hrsg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*, S. 85.
- 14| ebd.
- 15| a. a. O., S. 87 f.
- 16| Ulrich Kohler, 2011, *Der Mehrheitswille zählt. Einfluss der Nichtwähler auf die Regierungsbildung geringer als angenommen*, in: WZB Mitteilungen, H. 132, Juni 2011, S. 19 ff.
- 17| a. a. O., S. 21.
- 18| Vgl. Viola Neu, 2009, *Die Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009, Wahlanalyse*, Berlin, <http://www.kas.de/wf/de/33.1675> (Abruf: 19. Juli 2012).
- 19| Vgl. Karlheinz Reif, Hermann Schmitt, 1980, *Nine national second-order elections: A systematic framework for the analysis of European election results*, in: *European Journal of Political Research*, 8/1980, S. 3-44.
- 20| Sandra Wagner, 2003, *Nichtwählertypen bei Europawahlen und Bundestagswahlen*, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.), *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Opladen, S. 303.
- 21| Vgl. Hermann Schmitt, Cees van der Eijk, 2003, *Motive der Nichtwahl*, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.), *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Opladen, S. 300.
- 22| a. a. O., S. 301.
- 23| ebd.
- 24| Sandra Wagner, 2003, *Nichtwählertypen bei Europawahlen und Bundestagswahlen*, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.), *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Opladen, S. 327 f.

- 25| Jens Tenscher, 2005, *Wahl-Kampf um Europa. Eine Einführung*, in: Jens Tenscher (Hrsg.), *Wahl-Kampf um Europa., Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*, Wiesbaden, S. 11
- 26| http://www.cap.lmu.de/download/2009/2009_Jugendpartizipation_Tenscher.pdf, bezogen auf 5 Print- und 7 TV-Medien (Abruf: 22. August 2012).

3. METHODISCHE PROBLEME

Die empirische Nichtwählerforschung in Deutschland erweist sich als ein recht schwieriges Terrain. Die Ursache hierfür ist nicht etwa mangelndes Interesse am Gegenstand, sondern eine Reihe methodischer Hürden.¹ Vor allem ist es schwierig, „echte“ Nichtwähler zu finden. Zu den bekannteren Umfragen zählt sicherlich die sogenannte „18-Uhr-Prognose“ an den Wahlabend, die von ARD und ZDF ausgestrahlt wird. Doch in diesen Umfragen werden nur Personen befragt, die gerade das Wahllokal verlassen haben (sogenannte *Exit-Polls*). Mithin werden dort nur Wähler befragt. Daher können sie nur Auskunft über diejenigen geben, die zur Wahl gegangen sind (auch Briefwähler sind hierin nicht enthalten).

In der repräsentativen Wahlstatistik werden in bestimmten Stimmbezirken nach Alter und Geschlecht gekennzeichnete Stimmzettel vergeben. Da Informationen über die Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht vorliegen, kann man durch den Vergleich von Wählern und Wahlberechtigten Rückschlüsse auf die Nichtwähler ziehen. Belastbare Angaben über Nichtwähler sind damit ausschließlich in Bezug auf Alter und Geschlecht möglich, da andere Informationen über die Wähler nicht erhoben werden.

Die wichtigste Quelle zur Erforschung der Motive von Nichtwählern sind hingegen klassische repräsentative Meinungsumfragen. Doch gibt es auch hier eine Reihe methodischer Probleme. In normalen repräsentativen Umfragen ist der Nichtwähleranteil niedriger als bei Wahlen, wird also unterschätzt.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Es gibt einige Hinweise, dass Nichtwähler eine geringe Bereitschaft haben, an Umfragen teilzunehmen.²

Zudem gibt es Probleme mit „Falschaussagen“. So haben sich in einer Studie von Eilfort³ 71,5 Prozent tatsächlicher Nichtwähler auch als Nichtwähler ausgegeben. Die anderen haben sich als Wähler bezeichnet, inklusive der Angabe von Wahlmotiven.

Die Ursachen für die Fehlauskünfte können vielfältiger Natur sein. Hierzu gehören Erinnerungslücken, Fehleinschätzungen des eigenen Verhaltens sowie ein Wandel der politischen Einstellungen. Ein großes Problem bei Aussagen von Befragten ist zusätzlich die sogenannte „soziale Erwünschtheit“. Da Befragte annehmen können, dass eine Wahlteilnahme gesellschaftlich befürwortet wird, sinkt gegenüber einem Interviewer die Bereitschaft, ein sozial unerwünschtes Verhalten zuzugeben.

Die Nichtwählerforschung kämpft darüber hinaus mit einem weiteren Problem, das in der Wahlforschung mit dem Begriff „Overreporting“ beschrieben wird. Es gibt Hinweise darauf, dass sozialstrukturell eher randständige Wähler ehrlicher zugeben, dass sie einer Wahl fern geblieben sind.⁴ Umgekehrt gibt es Indizien, dass gerade diejenigen, die sozial, gesellschaftlich und beruflich gut integriert sind, dazu neigen, ihre Wahlteilnahme zu überschätzen (sogenannter Effekt des Overreportings). Wenn sich gerade eher „randständige“ Wähler leichter zur Nichtwahl bekennen, erhöht sich hierdurch ihr relativer Anteil in Umfragen. Die tatsächliche Sozialstruktur der Nichtwähler kann hierdurch eine gewisse Unschärfe enthalten, deren Ausmaß jedoch nicht durch Gewichtungsfaktoren verändert werden kann, da niemand die entsprechenden Gewichtungsfaktoren (außer Alter und Geschlecht) kennt.

1| Hier wird nur auf die Probleme bei der repräsentativen Meinungsforschung und nicht auf die der Aggregatdatenforschung eingegangen.

2| Vgl. Claudio Caballero, 2005, Nichtwahl, in: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 334.

3| Michael Eilfort, 1994, *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Paderborn, S. 139.

4| Vgl. Claudio Caballero, 2005, Nichtwahl, in: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 336.

4. STUDIENDESIGN DER UMFRAGE

Diese Schwierigkeiten lassen sich in einem normalen repräsentativen Studiendesign kaum beseitigen. Daher hat die KAS einen bislang noch nicht erprobten methodischen Weg eingeschlagen, mit dem die Wahrscheinlichkeit erhöht werden sollte, tatsächliche Nichtwähler zu befragen.

Nach Erfahrungen der Meinungsforschungsinstitute liegen unmittelbar nach einer Bundestagswahl das erinnerte Wahlverhalten und das tatsächliche Wahlergebnis sehr nah beieinander. Im Zeitverlauf nähert sich das erinnerte Wahlverhalten der aktuellen Präferenz an, wodurch das erinnerte Wahlverhalten und das Wahlergebnis zum Teil sehr weit auseinanderklaffen. Aber auch in Nachwahlbefragungen gibt es Verzerrungen zwischen denjenigen, die tatsächlich der Wahl fern geblieben sind, und denjenigen, die angeben, nicht gewählt zu haben. So hat die Nachwahlstudie der GLES¹ aus dem Jahr 2009 einen um zwölf Prozentpunkte erhöhten Wähleranteil gemessen.

Auf Basis dieser Überlegung sollten Personen erneut² befragt werden, die unmittelbar nach den Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Umfragen angaben, nicht gewählt zu haben. Damit kann zwar nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass sich unter den Nichtwählern auch Wähler (oder umgekehrt) befinden, doch wird damit die Wahrscheinlichkeit erhöht, tatsächliche Nichtwähler anzutreffen.

Die Grundgesamtheit der Studie bilden heute in Deutschland lebende Wahlberechtigte, die bei den letzten beiden Bundestagswahlen 2005 und 2009 wahlberechtigt waren und die direkt nach einer der beiden Bundestagswahlen in einer Befragung von Infratest dimap angegeben hatten, an einem der beiden Urnengänge nicht teilgenommen zu haben. Insgesamt wurden 1.505 Interviews (davon 752 Interviews mit Nichtwählern aus dem Jahr 2009 und 753 aus dem Jahr 2005) telefonisch durchgeführt. Die Interviews wurden zwischen dem 30. November 2011 und dem 20. Dezember 2011 von Infratest dimap realisiert. Die Studie ist nur für Nichtwähler repräsentativ und nicht für alle Wahlberechtigten.

1| *German Longitudinal Election Study (GLES).*

2| *Eine den Bestimmungen des BDSG entsprechende Einwilligung, erneut befragt zu werden, lag vor.*

5. DIE NICHTWÄHLER BEI BUNDESTAGSWAHLEN IN DER AMTLICHEN STATISTIK

Nachdem die Wahlbeteiligung seit der ersten Bundestagswahl 1949 bis in die 1970er Jahre kontinuierlich gestiegen ist, nahm sie in den 1980er Jahren moderat ab. Seit der Wiedervereinigung hat sich der Rückgang weiter – wenn auch nicht stetig – fortgesetzt. Die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern fällt in der Regel immer niedriger aus als in den alten Ländern, bei einigen Wahlen deutlich, bei anderen Wahlen nur gering schwächer. In den neuen Ländern kam es 1998 zu einem deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung, in den alten Ländern fiel die Zunahme geringer aus, wodurch die Unterschiede zwischen den Landesteilen fast nivelliert waren. Danach sank die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern deutlich ab und erreichte 2009 ein Niveau von 64,7 Prozent, während in den alten Ländern 72,2 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl teilnahmen (siehe Tabelle Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland, Seite 20 oben).

Aus der amtlichen repräsentativen Wahlstatistik¹ ist ein Befund stabil: Unabhängig davon, wie hoch die Wahlbeteiligung ist, jüngere Wahlberechtigte beteiligen sich signifikant seltener als ältere. Am höchsten ist die Wahlbeteiligung bei 60- bis 70-Jährigen.

Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland %			
Bundestagswahl	Gesamt	West	Ost
14.08.1949	78,5		
06.09.1953	85,8		
15.09.1957	87,8		
17.09.1961	87,7		
19.09.1965	86,8		
28.09.1969	86,7		
19.11.1972	91,1		
03.10.1976	90,7		
05.10.1980	88,6		
06.03.1983	89,1		
25.01.1987	84,3		
02.12.1990	77,8	78,6	74,5
16.10.1994	79,0	80,5	72,6
27.09.1998	82,2	82,8	80,0
22.09.2002	79,1	80,6	72,8
18.09.2005	77,7	78,5	74,3
27.09.2009	70,8	72,2	64,7

Quelle: Bundeswahlleiter

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind hingegen nur schwach ausgeprägt. Sie haben sich im Laufe der Zeit fast vollständig nivelliert. Lediglich Frauen der ältesten Altersgruppe (über 70-jährige Wahlberechtigte) bleiben der Wahl deutlich häufiger fern als gleichaltrige Männer. Dies wird in der Wahlforschung mit dem hohen Anteil alleinstehender Frauen in der Altersgruppe erklärt, denen der sozial mobilisierende Faktor fehlt. Wenn die Wahlbeteiligung sinkt oder steigt, dann in allen Gruppen ähnlich. Allerdings ist die Spannbreite größer geworden. 1983 betrug der Unterschied zwischen der Gruppe mit der höchsten und niedrigsten Beteiligung 11,2 Punkte, 2009 ist die Gruppendifferenz auf bis zu 20,9 Punkte angestiegen.

In allen Altersgruppen wächst die Wahlabstinentz. Blieben 1983 7,7 Prozent der 60-70-Jährigen der Wahl fern, waren es 2009 20 Prozent. Hätten alle, die 1983 zur Wahl gegangen sind, ihr Beteiligungsniveau beibehalten, müsste die Wahlbeteiligung höher ausfallen. Auch die mitt-

leren und älteren Wählergruppen entscheiden sich heute häufiger als früher, der Wahl fern zu bleiben. 1983 blieben 18,5 Prozent der 21- bis 25-jährigen Wahlberechtigten der Wahl fern. In dieser Gruppe, die 2009 47 bis 51 Jahre alt war, hat sich der Nichtwähleranteil bis 2009 um etwa 8 Punkte erhöht. Gingen 1983 15,7 Prozent der Jung- und Erstwähler nicht zur Abstimmung, blieben 2009 37 Prozent fern.

Bei der Zunahme der Wahlabstinentz könnte man von einem „Aufzugseffekt“ sprechen, bei dem alle Wähler kontinuierlich zu höherer Wahlabstinentz neigen und eine (etwa) gleichmäßige Zunahme in allen Gruppen messbar ist. Dabei steigt die Wahlabstinentz in den älteren Altersgruppen um einen größeren Faktor (3,2-3,6) als bei den jüngeren Wählergruppen (2,0-2,7).

Nichtwähler nach Geschlecht und Altersgruppen seit 1983 ^{*)}						
Alter von ... bis unter ... Jahren	Nichtwähler					
	2009	2005	2002	1990	1987	1983
	%					
	Insgesamt					
unter 21	37,0	30,0	29,8	35,3	23,2	15,7
21-25	40,9	33,5	31,9	38,2	26,9	18,5
25-30	38,8	29,9	27,9	33,7	24,1	16,2
35-40	31,1	21,6	20,4	24,3	16,2	10,7
40-45	27,6	20,3	20,0	20,5	14,0	8,9
45-50	26,8	19,8	18,9	17,9	12,1	7,8
50-60	25,2	17,5	16,0	15,4	10,6	7,3
60-70	20,0	15,0	13,6	13,5	10,3	7,7
70 und mehr	27,2	23,3	21,6	25,5	20,6	15,1
Insgesamt	28,6	21,7	20,4	23,7	16,9	11,6

^{*)} 1983 und 1987: früheres Bundesgebiet.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Informationen des Bundeswahlleiters, Bundestagswahl 2009, Heft 4, Seite 10.

Nichtwähler nach Geschlecht und Altersgruppen seit 1983 ^{*)}						
Alter von ... bis unter ... Jahren	Nichtwähler					
	2009	2005	2002	1990	1987	1983
	%					
	Männer					
unter 21	26,8	29,7	29,7	33,7	21,1	14,6
21-25	40,6	33,9	32,2	36,8	25,6	17,8
25-30	39,7	31,0	28,5	33,7	23,4	16,1
35-40	32,0	23,0	21,4	24,8	16,3	11,0
40-45	28,4	21,2	20,9	20,7	14,2	9,2
45-50	27,4	20,9	19,6	17,8	12,0	7,7
50-60	25,7	18,1	16,4	15,0	10,0	6,8
60-70	19,6	14,5	13,1	11,8	8,5	6,4
70 und mehr	21,6	17,3	15,6	18,7	14,9	11,5
Zusammen	28,2	21,5	20,1	23,0	15,8	10,9

^{*)} 1983 und 1987: früheres Bundesgebiet.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Informationen des Bundeswahlleiters, Bundestagswahl 2009, Heft 4, Seite 10.

Nichtwähler nach Geschlecht und Altersgruppen seit 1983 ^{*)}						
Alter von ... bis unter ... Jahren	Nichtwähler					
	2009	2005	2002	1990	1987	1983
	%					
	Frauen					
unter 21	37,3	30,4	29,9	36,9	25,4	16,8
21-25	41,1	33,1	31,5	39,6	28,3	19,4
25-30	38,0	28,8	27,2	33,6	24,8	16,3
35-40	30,1	20,1	19,4	23,7	16,1	10,3
40-45	26,8	19,4	19,0	20,2	13,7	8,7
45-50	26,2	18,7	18,3	18,0	12,1	8,0
50-60	24,8	16,9	15,7	15,8	11,2	7,8
60-70	20,3	15,4	14,1	14,7	11,6	8,5
70 und mehr	30,9	26,9	24,8	28,7	23,5	17,1
Zusammen	29,0	21,9	20,6	24,3	17,9	12,2

^{*)} 1983 und 1987: früheres Bundesgebiet.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Informationen des Bundeswahlleiters, Bundestagswahl 2009, Heft 4, Seite 10.

- 1| Da auch die repräsentative Wahlstatistik auf Stichproben basiert, sind Abweichungen der Ergebnisse vom Wahlergebnis möglich. Die Stichprobe betrug 2009 3,9 Prozent der Wahlberechtigten. Seit 2002 werden auch Briefwahlbezirke in die Stichprobe aufgenommen. 1994 und 1998 war die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt.

6. AUSWERTUNG DER UMFRAGE „NICHTWÄHLER 2005 UND 2009“¹

6.1 POLITISCHES INTERESSE DER NICHTWÄHLER

Die Verteilung des politischen Interesses entspricht etwa der Verteilung wie sie im Allbus 2010² für die gesamte Bevölkerung gemessen wurde. Häufig wird hingegen in Studien das Gegenteil festgestellt, nämlich dass bei Nichtwählern ein geringeres politisches Interesse vorhanden sei. Caballero bietet für diesen abweichenden Befund eine Erklärung an. Bei Umfragen zeigte sich, dass Befragte mit stärkerem Politikinteresse eher zu den „unaufrichtigen“ Nichtwählern zählen, also zu den Befragten, die trotz Abstinenz behaupten, an einer Wahl teilgenommen zu haben.³ Neben dem gesteigerten politischen Interesse haben diese Personen ein höheres Bildungsniveau, eine stärkere Parteibindung, eine größere Akzeptanz der Wahlnorm und verfügen intensiver über das Gefühl, politisch wirken zu können. In einer Untersuchung in der Schweiz war es besonders der gut situierte obere Mittelstand, der zum Overreporting neigte. Die „randständigen“ Bevölkerungsschichten tendieren dazu, wahrheitsgemäß anzugeben, ob sie gewählt haben oder nicht.⁴

6.2 DISTANZ ZUR POLITIK DER NICHTWÄHLER

Involviertheit in den politischen Prozess lässt sich nicht allein am politischen Interesse messen. Daher haben wir gefragt, inwieweit politische Ereignisse und Ergebnisse

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?			
	2005	2009	ALLBUS 2012
sehr stark	10	9	10,0
stark	25	24	21,9
etwas	38	39	41,3
kaum	17	17	17,9
überhaupt nicht	10	11	9,0

Fehlende Werte auf 100%: keine Angabe/weiß nicht
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

erinnert werden. Hierzu haben wir in der Umfrage offen (also ohne Antwortvorgaben) gefragt, inwieweit sich die Nichtwähler an den politischen Kontext der Bundestagswahlen erinnern. Dazu wurde zum einen nach den jeweiligen Spitzenkandidaten von Union und SPD sowie zum anderen nach der gebildeten Koalition gefragt.

Insgesamt ist die Rückerinnerung nicht sehr präzise. Dass Angela Merkel 2009 Spitzenkandidatin der Union war, erinnern 38 Prozent der Nichtwähler aus dem gleichen Jahr. An Frank-Walter Steinmeier erinnern sich 20 Prozent. Noch schwächer wird die Erinnerung an das Wahljahr 2005. Etwa ein Viertel der Befragten erinnert sich an Angela Merkel und Gerhard Schröder.

Auch der Wahlausgang ist vielen nicht gegenwärtig, wenn sie spontan auf eine offene Frage antworten sollen. Die Große Koalition von 2005 benennen 33 Prozent und die bürgerliche Koalition von 2009 43 Prozent richtig. Auch hier fällt erwartungsgemäß die Rückerinnerung düftiger aus, je länger das Ereignis zurück liegt.

Wäre nicht offen, sondern mit Antwortvorgaben befragt worden, hätte sich die Anzahl der richtigen Antworten vermutlich erhöht. Doch geben offene Antworten eine bessere Schätzung ab, ob sich Befragte überhaupt an den Kontext erinnern oder sich diesen vergegenwärtigen können. Die Befunde sind ein Indikator dafür, dass Politik die Mehrheit der Nichtwähler nicht gerade täglich beschäftigt und sich politische Gegebenheiten nicht so fest im Gedächtnis verankert haben, dass sie unmittelbar abgerufen werden können.

Wenn Sie jetzt einmal an die Bundestagswahl 2005 bzw. 2009 zurückdenken: Können Sie sich noch daran erinnern, wer damals Spitzenkandidat der Union, d.h. von CDU und CSU war?		
	2005	2009
Angela Merkel	26	38
andere Person genannt	8	3
weiß nicht	66	59

Und können Sie sich noch daran erinnern, wer zur Bundestagswahl 2005 bzw. 2009 der Spitzenkandidat der SPD war?		
	2005	2009
Gerhard Schröder	24	
Frank-Walter Steinmeier		20
andere Person genannt	12	10
weiß nicht	64	69

Und wissen Sie noch, welche Parteien nach der Bundestagswahl 2005 in Berlin eine Koalition eingegangen sind?	
	2005
Union (CDU/CSU) und SPD, Große Koalition, Schwarz-Rot	33
andere Koalition genannt	21
weiß nicht	46

Und wissen Sie noch, welche Parteien nach der Bundestagswahl 2009 in Berlin eine Koalition eingegangen sind?	
	2009
Union (CDU/CSU) und FDP, bürgerliche Koalition, Schwarz-Gelb	43
andere Koalition genannt	19
weiß nicht	38

Hinweis für alle o.g. Tabellen:
 Fehlende Angaben auf 100%: keine Angabe/weiß nicht
 Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

Einen weiteren Hinweis auf die recht große Politikdistanz der Nichtwähler liefert die „Biertrinkerfrage“. Um die Umfrage etwas aufzulockern, wurde etwa in der Hälfte der Befragung danach gefragt, mit welchem(r) Politiker(in) der Befragte gerne einmal etwas trinken gehen würde. Jeweils gut 40 Prozent nennen keinen Politiker. Mit knapp 20 Prozent wird Angela Merkel noch am häufigsten genannt, ansonsten fallen auf alle anderen Politiker eher Einzelnennungen. Auf dem „zweiten“ Platz landet Altbundeskanzler Helmut Schmidt, mit dem etwa vier Prozent der Nichtwähler gerne etwas trinken würden.

6.3 WAHLVERHALTEN DER NICHTWÄHLER

In einer zeitlich nicht konkretisierten Frage nach früherem Wählerverhalten bei Bundes- und Landtagswahlen geben etwa gut 40 Prozent der Befragten an, früher einmal die SPD gewählt zu haben, bei der Union beträgt der Anteil etwa ein gutes Drittel. Somit haben etwa drei Viertel der Nichtwähler in der Vergangenheit eine der beiden Volksparteien schon einmal unterstützt. Der Anteil ehemaliger SPD-Wähler ist größer als der Anteil ehemaliger Unions-Wähler. Da die Wahlergebnisse der Union und der SPD 2005 dicht beieinander lagen und die SPD 2009 ein deutlich schlechteres Wahlergebnis als die Union erzielte, könnte dies darauf hindeuten, dass die SPD stärker unter der Abwanderung ins Nichtwählerlager leidet als die Union. Dafür sprechen auch die Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap, die auf der Befragung von Wählern am Wahltag basieren. 2009 büßte die SPD 2.040.000 Wähler und die Union 1.080.000 Wähler an das Nichtwählerlager ein. 2005 hatte die Union mit 640.000 Stimmen stärkere Verluste als die SPD, der 370.000 Stimmen an die Gruppe der Wahlabsinenten verloren gingen. Insgesamt hat die SPD damit seit 2005 höhere Verluste als die Union durch Wahlabsinenz.

Wie sieht das mit den beiden Volksparteien aus? Haben Sie jemals bei Bundes- und Landtagswahlen die ... gewählt?						
	2005		2009		Insgesamt	
	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU
ja	42	37	42	33	42	35
nein	54	59	54	63	54	61

Fehlende Werte auf 100%: keine Angabe/weiß nicht
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

Wie auch die Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap zeigen, ist bei allen Wahlen die Fluktuation zwischen Wählern und Nichtwählern ausgesprochen groß. Nichtwähler sind dementsprechend nicht als homogene Gruppe zu verstehen, sie gehen nur nicht immer zur Wahl. Damit sind Wähler potentielle Nichtwähler und Nichtwähler potentielle Wähler.

Danach gefragt, ob sie im Falle einer Bundestagswahl zur Wahl gehen würden, gibt weit mehr als die Hälfte der befragten Nichtwähler an, dies tun zu wollen. Dabei konnten die Befragten angeben, im Wahllokal oder per Briefwahl abstimmen zu wollen. Andererseits bedeutet dies, dass ein großer Anteil bei seiner Abstinenz bleiben würde. Geht man noch davon aus, dass die Wahlteilnahme als sozial wünschenswert erachtet wird, dürfte die tatsächliche Wahlverweigerung höher ausfallen.

Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre: Würden Sie dann im Wahllokal wählen, per Briefwahl oder würden Sie gar nicht wählen gehen?		
	2005	2009
im Wahllokal wählen	48	41
per Briefwahl wählen	13	15
würde gar nicht wählen gehen	38	43

Fehlende Werte auf 100%: keine Angabe/weiß nicht
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

Die ehemaligen Nichtwähler unterscheiden sich, sofern sie eine Partei nennen, nur geringfügig von der Gesamtbevölkerung zum Befragungszeitpunkt Dezember 2011. Die Union ist bei Nichtwählern unterrepräsentiert (DeutschlandTREND Infratest dimap Dezember 2011 35 Prozent) und die Grünen sowie die Piratenpartei sind leicht überrepräsentiert (Grüne im DeutschlandTREND 16 Prozent; Piraten 6 Prozent).

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?					
	Nichtwähler 2005		Nichtwähler 2009		Bevölkerung
	Sonntagsfrage	Zweitpräferenz	Sonntagsfrage	Zweitpräferenz	Dez. 2011*
NEUE BASIS = Parteiwähler					
würde nicht wählen	40		44		11
würde ungültig wählen	4		5		1
weiß nicht	15		11		13
keine Angabe	4		5		4
CDU/CSU	27	4	27	8	35
SPD	32	10	30	16	30
FDP	3	3	2	6	3
Die Linke	5	6	6	5	3
Bündnis 90/Die Grünen	17	12	19	14	16
Republikaner	-	-	1	-	-
DVU	1	-	-	-	-
NPD	1	-	-	-	-
Freie Wähler	-	-	-	-	-
Piratenpartei	11	4	10	7	6
sonstige Partei	3	2	5	3	3

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011, die Abweichung zur vorhergehenden Tabelle entsteht durch eine neue Berechnungsbasis der Grundgesamtheit.

* Infratest dimap, DeutschlandTREND

Für die These, dass in dieser Umfrage das gewünschte Design erreicht wurde und überwiegend tatsächliche Nichtwähler der letzten Jahre erreicht wurden, spricht der Vergleich der „bekenennenden“ Nichtwähler der Umfrage mit einer „normalen“ Umfrage zum Befragungszeitpunkt.

Während die Parteipräferenzen etwa eine Normalverteilung wiedergeben, so gibt es erhebliche Unterschiede in der Beteiligungsbereitschaft. Während etwa 40 Prozent der Nichtwähler sagen, dass sie auch jetzt nicht wieder zur Wahl gingen, sind es im DeutschlandTREND 11 Prozent. So äußern sich im DeutschlandTREND insgesamt 29 Prozent hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung negativ oder halten sich bedeckt. Bei den ehemaligen Nichtwählern von 2005 sind es 63 Prozent und bei den ehema-

ligen Nichtwählern von 2009 65 Prozent. Somit ist unter ehemaligen Nichtwählern die Wahrscheinlichkeit, dass sie für eine Partei stimmen werden, deutlich niedriger als im Durchschnitt.

Ein weiterer Indikator für die Distanz zum Parteiensystem ist die Frage nach einer zusätzlich wählbaren Partei. Normalerweise haben die meisten Wähler nicht nur eine Wahlpräferenz. Sie können sich gleichermaßen vorstellen, mehreren Parteien ihre Stimme zu geben. Bei vielen Wählern befinden sich mehrere Parteien auf einem Rangplatz und sie können recht frei zwischen diesen Parteien entscheiden. Ein Indikator hierfür ist, dass das Stimmensplitting zwischen Erst- und Zweitstimme von Wahl zu Wahl zunimmt. Wenn neben der Sonntagsfrage auch nach der Bereitschaft gefragt wird, eine andere Partei zu wählen, ergeben sich für die Parteien äußerst große Potenziale, die bei den Volksparteien jeweils die 50-Prozent-Marke deutlich überschreiten. Hierin unterscheiden sich die Nichtwähler deutlich. Bei ihnen ist die Zweitpräferenz äußerst schwach ausgeprägt. Nachdem schon etwa zwei Drittel der Nichtwähler sich zur Sonntagsfrage überhaupt nicht geäußert haben, hat nur eine Minderheit von 41 Prozent der restlichen Nichtwähler von 2005 und eine knappe Mehrheit von 59 Prozent der verbliebenen Nichtwähler von 2009 eine Zweitpräferenz.

Für alle Parteien sind diese Nichtwählerpotenziale äußerst bescheiden. Würden alle Parteien ihr gesamtes Nichtwählerpotential voll mobilisieren, wäre der Zuwachs nur geringfügig. Zwar würde die Wahlbeteiligung ansteigen, doch würden sich die Wahlergebnisse so gut wie nicht verändern, da nur die Stimmen und nicht die Prozentwerte dadurch verändert würden. Es würde außerdem für keine Partei einen strategischen Vorteil bringen, da sich die Nichtwähler relativ homogen über die Parteienlandschaft verteilen.

Es gibt eine gewisse Plausibilität, dass zumindest die einmalige Nichtwahl die Wahrscheinlichkeit der Wahlabstinenz erhöht, obgleich die Daten der Studie eine Überprüfung nicht zulassen. Um „Nichtwählerbiografien“ zu erforschen wäre eine Panelbefragung und nicht eine Querschnittsbefragung nötig. Ein Hinweis auf eine höhere Tendenz zur wiederholten Nichtwahl ist dennoch erkennbar. Von den Nichtwählern 2005 geben 41 Prozent an, auch 2009 nicht zur Wahl gegangen zu sein. Insgesamt äußern sich 58 Prozent nicht konkret zur Bundestagswahl 2009. Somit ist der Anteil der Nichtwähler von 2005, die sich über ihr Wahlverhalten bei der

Bundestagswahl 2009 nicht äußern etwa doppelt so hoch wie der tatsächliche Nichtwähleranteil von 29,2 Prozent.

Wahlverhalten der Nichtwähler von 2005 bei der Bundestagswahl 2009			
	2005	Wahlergebnis BTW 2009*	Dez. 2011**
NEUE BASIS = Parteiwähler			
habe nicht gewählt	41		
habe ungültig gewählt	3		
war nicht nicht wahlberechtigt	-		
weiß nicht mehr	6		
keine Angabe	8		
CDU/CSU	33	33,8	35
SPD	33	23,0	30
FDP	8	14,6	3
Die Linke	7	11,9	7
Bündnis 90/Die Grünen	13	10,7	16
Republikaner	-	0,4	-
DVU	1	0,1	-
NPD	-	1,5	-
Freie Wähler	-	0,0	-
Piratenpartei	2	2,0	6
sonstige Parteien	3	2,0	3

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

* Bundeswahlleiter

** Infratest dimap, DeutschlandTREND

Die Rückerinnerung der Nichtwähler von 2005 an ihre Wahlentscheidung kommt der politischen Stimmung zum Umfragezeitpunkt sehr nah. In der Wahlforschung ist bekannt, dass der Recall (also das rückerinnerte Verhalten) und die aktuellen Präferenzen dicht beieinander liegen. Zum tatsächlichen ehemaligen Wahlverhalten zum Zeitpunkt der Bundestagswahl gibt es hingegen Abweichungen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Spezialstichprobe Nichtwähler nicht von anderen Umfrageergebnissen.

Die Nichtwähler von 2005, die 2009 die Grünen und die Linke gewählt haben, zeigen sich mit ihrer Wahlentscheidung mehrheitlich zufrieden. Diejenigen, die eine der beiden Volksparteien gewählt haben, sind eher unzufrieden. Diejenigen, welche die FDP unterstützen, sind stark enttäuscht. Da keine aktuellen Daten einer Vergleichsuntersuchung zur Verfügung stehen, ist schwer einzuschätzen, ob dieses Stimmungsprofil nur auf die Nichtwähler zutrifft.

Wenn Sie einmal an die Zeit seit der letzten Bundestagswahl von 2009 denken: Sind Sie da mit der Politik der ... im Großen und Ganzen zufrieden oder hat Sie die Politik der ... eher enttäuscht?	
	Nichtwähler von 2005, die 2009 gewählt
NEUE BASIS: CDU/CSU-Wähler lt. vorheriger Frage	
im Großen und Ganzen zufrieden	41
eher enttäuscht	47
NEUE BASIS: SPD-Wähler lt. vorheriger Frage	
im Großen und Ganzen zufrieden	44
eher enttäuscht	54
NEUE BASIS: FPD-Wähler lt. vorheriger Frage	
im Großen und Ganzen zufrieden	13
eher enttäuscht	84
NEUE BASIS: LINKE-Wähler lt. vorheriger Frage	
im Großen und Ganzen zufrieden	54
eher enttäuscht	29
NEUE BASIS: Bündnis 90/Die Grünen-Wähler lt. vorheriger Frage	
im Großen und Ganzen zufrieden	65
eher enttäuscht	25

Fehlende Werte auf 100%: keine Angabe/weiß nicht
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

6.4 VERBUNDENHEIT MIT PARTEIEN

Erwartungsgemäß verfügt in der Selbsteinschätzung die überwiegende Mehrzahl der Nichtwähler nicht über eine engere Bindung an eine Partei. Etwa ein gutes Viertel sieht sich selbst als Stammwähler. Etwa gleich viele geben an, immer dieselbe Partei gewählt zu haben. Die große Mehrheit ordnet sich jedoch problemlos den Rubriken Wechsel- und Nichtwähler zu. Fasst man diese Werte zusammen, sind etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Nichtwähler eher flexible Wähler.

Wenn Sie jetzt einmal an Wahlen denken, an denen Sie bisher teilgenommen haben: Haben Sie da immer für dieselbe Partei gestimmt oder haben Sie sich im Lauf der Zeit auch schon einmal für andere Parteien entschieden?		
	2005	2009
immer dieselbe Partei gewählt	28	32
im Laufe der Zeit mal andere Partei gewählt	59	51
spontane Antwort: habe erst einmal gewählt	2	3
spontane Antwort: habe noch nie gewählt	10	13

Fehlende Werte auf 100%: keine Angabe/weiß nicht
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

Würden Sie sich generell als Stammwähler, Wechselwähler oder Nichtwähler bezeichnen?		
	2005	2009
Stammwähler	27	28
Wechselwähler	40	32
Nichtwähler	32	38

Fehlende Werte auf 100%: keine Angabe/weiß nicht
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

Die Parteiidentifikation gilt auch als psychologische Parteimitgliedschaft. Wähler, die über eine Parteibindung verfügen, haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, sowohl zur Wahl zu gehen, als auch die Partei zu unterstützen, der die langfristige Neigung zukommt. Wer über eine starke und dauerhafte Parteibindung verfügt, hat eine hohe Wahrscheinlichkeit auch Stammwähler einer Partei zu sein. Die Parteibindung hat zudem eine mediale Filterfunktion, da die Berichterstattung gemäß der eigenen Parteineigung selektiv wahrgenommen wird. Die Parteibindung ist jedoch keine statische Größe. Sie hat auch einen aktuell „politischen“ Bezug und kann daher erheblich schwanken. Diese Schwankungen sind gleichermaßen zyklischer Natur. Je näher der Messzeitpunkt in der zeitlichen Nähe zu einer Bundestagswahl liegt, desto größer ist die Parteiidentifikation. Seit den 1970er Jahren verfügt die Wahl- und Meinungsforschung über kontinuierliche Messungen der Parteiidentifikation. Unabhängig von der Konzeptualisierung und konkreten Fragegestaltung kommen jedoch alle Analysen auf einen gemeinsamen Nenner: Der Anteil parteigebundener Wähler nimmt stetig ab („Dealignment“). In der Datenreihe der Forschungsgruppe Wahlen hatten 1976 15 Prozent keine Partei-

identifikation. Im Wahljahr 2009 lag der entsprechende Anteil bei 37 Prozent.⁵ Auch bei der nationalen Wahlstudie (GLES von 2009) wurden ähnlich hohe Werte gemessen.⁶

Die Bedeutung der Parteibindung für die Nichtwahl hat sich in vielen Studien bestätigt.⁷ Auch in dieser Umfrage findet sich der Befund, dass deutlich weniger Nichtwähler über eine Parteibindung verfügen. Eine längerfristige Neigung haben etwa 4 von 10 Nichtwählern. Im Bevölkerungsdurchschnitt haben etwa 6 von 10 Wahlberechtigten eine Parteidentifikation.⁸ Damit sind natürlich auch die Potenziale der Parteien entsprechend gering. Rechnet man die Anteile derjenigen, die eine Parteineigung haben, auf das gesamte Nichtwählerpotenzial um,⁹ so entfallen auf die Union und die SPD jeweils 13 Prozent. Dies ist jedoch nicht das versteckte Stammwählerpotential der Volksparteien im Nichtwählerlager. Denn selbst wenn eine Parteineigung für eine der Volksparteien vorhanden ist, ist diese schwach. Dies gilt jedoch nicht nur für die Volksparteien. Auch die Nichtwähler mit einer Affinität für die Grünen¹⁰ verfügen überwiegend nur über eine geringe Bindungsintensität. Normalerweise könnte man mit der Parteidentifikation Typen bilden. Hierzu würden diejenigen, die über eine starke und grundsätzliche Bindung vorweisen mit denen verglichen, bei denen diese Kombination nicht vorhanden ist (z.B. schwache Parteibindung und Bevorzugung der Partei, weil sie in der jetzigen Situation besser geeignet erscheint). Hiermit würden dann Stammwählerpotenziale von eher locker gebundenen und situativ entscheidenden Potenzialen von Parteien unterschieden werden können. In dieser Umfrage waren jedoch die Fallzahlen für eine solche Typologie zu niedrig.

Denken Sie einmal an die politischen Parteien in Deutschland. Wenn Sie es insgesamt betrachten: Neigen Sie - alles in allem - einer bestimmten Partei eher zu als den anderen Parteien oder ist das bei Ihnen nicht der Fall?		
	2005	2009
ja, neige eher einer Partei zu	41	43
nein, neige eher keiner Partei zu	58	56

Fehlende Werte auf 100%: keine Angabe/weiß nicht
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

Falls Parteineigung vorhanden: „Und welcher Partei neigen Sie zu?“		
	2005	2009
CDU/CSU	29	31
SPD	31	32
FDP	2	3
Die Linke	6	4
Bündnis 90/Die Grünen	15	13
Republikaner	-	-
DVU	-	-
NPD	-	-
Freie Wähler	-	-
Piraten	4	7
sonstige Partei	1	4
weiß nicht	1	1
keine Angabe	11	5

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

Wie stark oder wie schwach neigen Sie zu - alles zusammengekommen - dieser Partei zu? Würden Sie sagen...		
	2005	2009
NEUE BASIS: Parteineigung CDU/CSU lt. vorherigen Fragen		
eher stark	32	27
mäßig	59	63
oder eher schwach	7	10
NEUE BASIS: Parteineigung SPD lt. vorherigen Fragen		
eher stark	34	21
mäßig	61	73
oder eher schwach	5	6
NEUE BASIS: Grüne lt. vorherigen Fragen		
eher stark	38	30
mäßig	57	66
oder eher schwach	5	4

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011
Andere Parteien: zu geringe Fallzahl

Bei denjenigen, die eine Parteineigung zeigen, sind die Nennungshäufigkeiten vergleichbar mit der Wahlabsicht. In der Literatur wurde bereits in den 1970er Jahren aufgezeigt, dass Wahlabsicht und Parteidentifikation ähnliche Resultate in Umfragen haben. Eigentlich müssten bei der Partei-

identifikation längerfristige Überzeugungen zum Tragen kommen und die Sonntagsfrage aktuelle Stimmungen aufzeigen, die Antworten daher stärker differieren. Dabei wurde auch diskutiert, ob das Konzept der Parteiidentifikation auf Deutschland¹¹ übertragbar sei. Unabhängig von einer finalen Beantwortung dieser Frage, hat sich jedoch gezeigt, dass die Identifizierer andere Verhaltensmuster aufweisen als Nicht-Identifizierer. Je stärker sich Wähler mit einer Partei identifizieren, desto größer ist auch die Wahlwahrscheinlichkeit.

Bei den Nichtwählern sind zusammenfassend zwei Befunde signifikant: Zum einen verfügt nur eine Minderheit der Nichtwähler über eine längerfristige Parteibindung. Zum anderen: Selbst wenn eine Bindung überhaupt vorhanden ist, ist sie nicht stark. Da in der Forschung der Parteiidentifikation eine sehr große Erklärungskraft für die Stimmabgabe zugesprochen wird, dürften Wahlkampagnen, die auf einer starken Mobilisierung parteiaffiner Nichtwähler aufbauen, eher nicht geeignet sein, die Wahlergebnisse der Parteien zu verbessern. Die absolute Stimmenzahl würde sich erhöhen, die erzielten Prozentwerte hingegen kaum.

6.5 MOTIVE DER NICHTWAHL

Der Verinnerlichung der sogenannten Wahlnorm¹² (Wahl als Bürgerpflicht) wird ein großer Anteil an der Höhe der Wahlbeteiligung zugesprochen. Seit etwa Ende der 1960er Jahre geht die Bindungswirkung der Wahlnorm zurück, auch wenn das Niveau mit über 60 Prozent nach wie vor hoch ist. Der Rückgang wird generell durch eine nachlassende Bedeutung von Pflicht- und Akzeptanzwerten im Rahmen der „postmateriellen Revolution“¹³ erklärt. Gleichmaßen wird die Wahlnorm auch innerhalb sozialer Gruppen vermittelt und sanktioniert. Dort, wo gleichmaßen im sozialen Umfeld eine hohe Akzeptanz der Wahlnorm sowie eine soziale Einbindung und Kontrolle vorhanden sind, ist eine hohe Wahlnorm und daher eine niedrige Wahlabstinenz wahrscheinlich.

Dieser Zusammenhang wird auch in dieser Umfrage bestätigt. Im Bevölkerungsdurchschnitt stimmen etwa zwei Drittel der Befragten der Aussage zu „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen“. Bei den Nichtwählern sind es unter 50 Prozent.

Stimmen Sie der Aussage „In einer Demokratie ist die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen“...			
	Nichtwähler		Bevölkerung
	2005	2009	2009*
voll und ganz zu	34	29	35
eher zu	15	14	28
teils zu/teils nicht zu	24	33	18
eher nicht zu	10	9	9
überhaupt nicht zu	16	14	7

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe/weiß nicht

* GLES, ZA5302, 2009

In der Untersuchung wurde den Nichtwählern eine breite Auswahl von möglichen Nichtwahlmotiven angeboten. Zunächst fällt auf, dass die Motive, der Wahl fern zu bleiben, 2005 und 2009 so gut wie konstant sind. Die Schwankungen befinden sich fast alle noch im Bereich des Stichprobenfehlers und sollten nicht überinterpretiert werden.

Schwache Involviertheit in das politische Geschehen sowie das Gefühl, keinen Einfluss auf das politische Geschehen zu haben (*external efficacy*), bilden das Hauptmotivbündel, der Wahl fern zu bleiben. Protestmotive bleiben hingegen schwach. Weder die Dominanz europapolitischer Entscheidungen noch eine grundsätzliche Ablehnung des Staates spielt für die Abstinenz eine Rolle. Die Mehrheit der Nichtwähler ist zudem mit der Demokratie zufrieden. Doch ist dieser Anteil niedriger als im Durchschnitt der Bevölkerung. In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2010 waren 17 Prozent mit der Demokratie sehr und 62 Prozent einigermaßen zufrieden. Nur 20 Prozent gaben an, unzufrieden zu sein. Somit ist der Anteil der Unzufriedenen bei den Nichtwählern etwa doppelt so hoch wie in der Bevölkerung.

Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Demokratie in Deutschland und unserem ganzen politischen System?				
	2005	2009	Allensbach 2009*	August 2010**
sehr zufrieden	7	4	18	17
einigermaßen zufrieden	51	57	65	62
nicht zufrieden	41	38	13	20

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

* Allensbacher Jahr der Demoskopie 2003-2009, S. 115

** 20 Jahre Wiedervereinigung. Bewertung und Zukunftserwartungen, Konrad-Adenauer-Stiftung

In einer bivariaten Analyse zeigen sich zwischen den unterschiedlichen Anhängerschaften der Parteien keine interpretationsfähigen Zusammenhänge oder Unterschiede in der Motivlage. Man kann also nicht von einem spezifischen SPD- oder CDU/CSU-Nichtwählertypus sprechen. Alle anderen Parteien sind aufgrund der geringen Fallzahl nicht analysierbar. Daher wurde versucht, durch eine Faktorenanalyse nach den generellen Nichtwahlmotiven zu suchen.

Dies bestätigt sich auch in der Untersuchung ehemals unionsaffiner Nichtwähler (zur Bildung der Gruppe s. u.). In der Analyse der Nichtwahlmotive ehemals unionsaffiner Wähler wurde eine andere Item-batterie als bei der Analyse der generellen Nichtwahlmotive abgetestet. In einer Faktorenanalyse¹⁴ der wichtigsten Nichtwahlmotive unionsaffiner Nichtwähler umfasst der wichtigste Faktor Motive einer Distanz zwischen Nichtwählern und der Union, welche mit den Nichtwahlmotiven der anderen Nichtwähler im Einklang stehen. Es gibt Kritik an der aktuellen Problemlösungskompetenz, es wird bemängelt, die Union setze sich nicht mehr für die kleinen Leute ein und würde nicht mehr die eigenen politischen Überzeugungen vertreten. Zudem empfinden ehemalige unionsaffine Wähler, dass die Partei zerstritten sei und man sie derzeit nicht wählen könne, obwohl sie noch am besten gefalle.

Im Rahmen einer Faktorenanalyse wurden für alle Nichtwähler die einzelnen Aussagen daraufhin geprüft, welche Dimensionen den Nichtwahlmotiven zugrunde liegen. Drei Faktoren¹⁵ lassen sich inhaltlich zusammenfassen. Der erste Faktor bezieht sich konkret auf Parteien und Politiker und zeichnet ein Bild politischer Entfremdung, gekoppelt mit dem Gefühl, dass Politik nicht auf die eigenen Bedürfnisse eingeht. Maßgeblich

ist die fehlende Verbundenheit zu Parteien. In der Nennungshäufigkeit führen zwei Aussagen: 57 Prozent aller Nichtwähler sagen, sie fühlen sich keiner Partei verbunden, und 54 Prozent sagen, es hätte keinen Sinn zu wählen, weil die Parteien und Politiker doch machen, was sie wollen. 46 Prozent der Nichtwähler sagen, dass es keinen Politiker gab, dem sie ihre Stimme geben wollten. Mit Abstand kommt dann das Motiv, dass sich keine Partei für die wichtigen Dinge einsetzt, welches von 40 Prozent der Nichtwähler genannt wird. Mangelnde Unterschiede zwischen den Parteien führen 42 Prozent der Nichtwähler an und 23 Prozent sagen, sie gingen grundsätzlich nicht wählen.

Im zweiten Faktor spiegelt sich konkrete Kritik an den Parteien wider. Das Motiv des Wählens als „Denkzettel“ ist hier maßgeblich. 20 Prozent der Nichtwähler nennen das Motiv, dass sie ihrer Partei einen Denkzettel verpassen wollten, 40 Prozent wollten ihre bisherige Partei nicht mehr wählen, es gefiel ihnen aber auch keine andere, und ebenfalls 40 Prozent nennen als Motiv, dass sie den Parteien zeigen wollten, dass es in der Politik so wie bisher nicht weitergehen kann.

Der dritte Faktor entspricht dem Typus des „zufriedenen“ Nichtwählers, der es entweder durch die Ausgangslage „seiner“ Partei oder aus genereller Zufriedenheit vorzieht, nicht zur Wahl zu gehen. Doch ist dies innerhalb der Nichtwählerschaft eine kleine Gruppe. Vier Prozent sagen, dass es ihnen klar war, dass ihre Partei gewinnt und sie deshalb zu Hause geblieben sind. Elf Prozent sind der Ansicht, dass sie nicht wählen brauchen, solange sie mit dem, was im Staat passiert, zufrieden sind. Die entgegengesetzte Aussage („Ich gehe deshalb nicht zur Wahl, weil mir dieser Staat als Ganzes nicht gefällt“) bildete keinen eigenständigen Faktor.

Die fehlende Parteibindung dürfte zu einem erheblichen Teil¹⁶ die Wahlabstinenz erklären. Dies ist das Motiv, das am häufigsten von den Nichtwählern genannt wird und korrespondiert mit der in der Umfrage gemessenen Parteiidentifikation, die ein ähnlich niedriges Niveau aufweist. Folgerichtig stoßen alle Aussagen, die eine persönliche Parteibindung voraussetzen, auf Ablehnung.

Diese Motive setzen jedoch eine gefühlte Nähe zu einer oder mehreren Parteien voraus, welche bei den Nichtwählern eher Mangelware ist. Wählen als affirmative Unterstützung einer Partei oder eines Politikers

entfällt somit als Wahlmotiv. Fehlt eine Parteibindung, ist der Zugang zur Politik erschwert, ist das Vertrauen in Politik, Parteien und Politiker schwach ausgeprägt. Ohne Parteiverbundenheit mangelt es an Solidarität mit Parteien und Politikern, da es wegfällt, eine Partei/einen Politiker, der/dem man nahesteht, zu unterstützen.

In Kombination mit einer qualitativen Untersuchung ergeben sich zusätzliche Aspekte. In einer qualitativen¹⁷ Umfrage, bei der auch Nichtwähler im Fokus standen, taucht immer wieder die Aussage auf, die Politik/Partei/Politiker würden sich nicht mehr um die kleinen Leute kümmern und diese hätten keinen Einfluss auf politisches Handeln. Mit dem Begriff die „kleinen Leute“ ist von den Interviewten jedoch nicht eine bestimmte soziale Lage gemeint. „Der kleine Mann“ kann durchaus ein beachtliches Einkommen erzielen und in einer führenden Position tätig sein. Dahinter verbergen sich jedoch Entfremdungs- und Ohnmachtsgefühle, begleitet von einem erheblichen Desinteresse an Politik. In der repräsentativen Umfrage hat zwar eine Mehrheit immerhin ein starkes bis mäßiges politisches Interesse bekundet, gleichermaßen war nur eine absolute Minderheit in der Lage oder willens, sich an einen konkreten politischen Kontext¹⁸ zu erinnern. Die Hinweise auf den „kleinen Mann“, „das einfache Volk“ deuten eher darauf hin, dass zumindest diese Befragten unsicher sind, wer im Fokus der Politik steht.

In der repräsentativen Umfrage wird eine Nichtwählergruppe gesondert untersucht. Ziel war es herauszufinden, ob es bei den Wählern der Volksparteien spezifische Motive gibt, die zur Wahlabstinenz führen. Hierzu soll paradigmatisch die Gruppe ehemaliger Unions-Wähler näher analysiert werden. Doch ist dies nicht ganz einfach. Sowohl bei der Sonntagsfrage als auch bei der Parteiidentifikation zeigen etwa zwei Drittel aller Nichtwähler keine Verbundenheit zu Parteien. Und von denen, die sich im Sinne einer langfristigen Parteineigung äußern, ist die überwiegende Mehrzahl nur schwach emotional mit einer Partei verbunden. Hätte man die aktuelle Wahlabsicht oder die Parteibindung als Filterfrage verwendet, wäre die Fallzahl für weitere Auswertungen zu klein geworden. Daher wurden die Fragen nur an Nichtwähler gestellt, die jemals bei irgendeiner Bundes- oder Landtagswahl (nach eigener Erinnerung) die Union gewählt und aktuell in der Sonntagsfrage die Union nicht genannt haben, also auch derzeit noch Nichtwähler sind.

Von allen Nichtwählern können gerade einmal 35 Prozent im weitesten Sinne als ehemalige CDU/CSU-Wähler identifiziert werden, die irgendwann bei einer Bundes- oder Landtagswahl für die Union gestimmt haben. Und auch bei dieser Gruppe kann man wahrlich nicht von einer verdeckten Stammwählerschaft sprechen. Etwa ein Drittel derjenigen, die irgendwann einmal die CDU oder CSU unterstützt haben, geben an, diese häufig gewählt zu haben. Dementsprechend sind etwa zwei Drittel höchstens als Gelegenheitswähler zu bewerten. Und unter den aktuellen Unionswähler nehmen diejenigen, die jemals die Unionsparteien gewählt haben, ebenfalls eine Minderheitenposition ein. Nur 23 Prozent äußern im Dezember eine Wahlabsicht zugunsten der Union.

Und wie häufig haben Sie bei Bundes- und Landtagswahlen CDU/CSU gewählt? Würden Sie sagen...			
	2005	2009	Insgesamt
NEUE BASIS: CDU-Wähler lt. vorheriger Frage			
häufig	32	38	35
gelegentlich	40	34	37
selten	25	26	25

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011
Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe/weiß nicht

Bei Untersuchung der Nichtwahlmotive unionsaffiner Nichtwähler gibt es neben den Motiven, die alle Nichtwähler haben (s. o.), einen zweiten eigenständigen Faktor, in dem sich Motive finden, die eine Distanz der Union zu christlichen Werten benennen. Auch wenn diese Motive einen eigenen Faktor bilden, ist die Verbreitung der Motivlage gering. 18 Prozent der unionsaffinen Nichtwähler sagen, dass sie als gläubige Christen nur eine Partei wählen können, die christliche Ziele verfolgt, und 13 Prozent sagen, die Union böte für Christen keine Heimat mehr. Prozentual ist dies die am schwächsten vertretene Motivgruppe. Bezogen auf alle Nichtwähler handelt es sich um eine Größenordnung von 4-5 Prozent.

In der repräsentativen Studie hat das Thema konservative Werte und Tugenden eine mittlere Relevanz. Doch bilden diese keinen eigenen Faktor¹⁹. Auch hier liefert die qualitative Untersuchung weitergehende Aufschlüsse. Aktuelle sowie ehemalige Stammwähler können mit den Begriffen „Werte“ sowie „konservativ“ zwar wenig anfangen, beziehen sich hingegen häufig auf bürgerliche Tugenden wie Anstand, Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Ordentlichkeit.

Für die Abkehr ehemaliger Unionswähler stehen somit Motive im Vordergrund, die einerseits auf die Wahrnehmung von Politik rekurrieren, andererseits Motive, die auf politische Entfremdung hindeuten und somit mit den Motiven aller Nichtwähler korrespondieren. Die Aussagen aller Nichtwähler deuten stark darauf hin, dass es sich eher um eine allgemeine Distanz zur Politik handelt. Nachgeordnet sind alle anderen Motive, insbesondere die Vernachlässigung des „C“ in der Union, das eine Minderheitenposition bei ehemaligen Unionswählern darstellt.

Die These, dass vor allem christlich orientierte ehemalige Unions-Stammwähler in das Nichtwählerlager gewandert sind, kann mit den Daten nicht gestützt werden.

Betrachtet man jetzt in der repräsentativen Studie diejenigen, die angeblich häufig in der Vergangenheit die Union gewählt zu haben, getrennt, ergeben sich kaum²⁰. Veränderungen gegenüber denen, die eher seltener die Union wählten. Demnach kann man unter den Nichtwählern kein „Stammwählerpotential“ mit einer spezifischen Themenpräferenz lokalisieren, was allerdings auch den niedrigen Fallzahlen geschuldet sein kann.

Die aus der repräsentativen Nichtwählerstudie gewonnenen Eindrücke decken sich zu großen Teilen mit denen qualitativer Studien. In diesen zeigte sich, dass es für die meisten fast unmöglich war, ihr Wahlverhalten aus politischen Gründen zu erläutern. Gerade bei Befragten, die sich selbst als Stammwähler bezeichneten, standen entweder Motive habituellen Natur (Prägung durch das Elternhaus/Umfeld) im Vordergrund oder die Wahlentscheidung basierte auf emotional wahrgenommenen Images von Parteien und Politikern.

In Kombination mit Ergebnissen aus qualitativen Studien ergibt sich ein relativ konsistentes Bild der Nichtwähler. Bei den meisten Wählern ist nicht von einem geschlossenen (ideologischen) Weltbild auszugehen, welches über einen längeren Zeitraum stabil bleibt. Wenn Wähler auf Weltanschauungskonzepte zurückgreifen, sind diese inkonsistent. Politik wird aus dem Augenblick heraus interpretiert. Dabei ist der Maßstab das Ausmaß der eigenen Betroffenheit.

In qualitativen Studien zeigte sich darüber hinaus, dass bei ehemaligen Stammwählern, die zu einer kleineren Partei wechselten, sich überwiegend Wechselmotive fanden, die mit geänderten inhaltlichen Wünschen und Bedürfnissen zusammenhingen. Diejenigen, die sich zur Abstinenz entschieden haben, scheinen eher emotional nicht mehr angesprochen zu werden.

- 1] *In der Auswertung finden sich zu einem Daten, welche sich auf die 2005 und 2009 befragten Nichtwähler beziehen. Dies wird in den Tabellen anhand der Überschriften „2005“ und „2009“ dargestellt. Bei den anderen Daten handelt es sich um einen zusammengefassten Datensatz, der beide Gruppen beinhaltet.*
- 2] *Im Allbus wurde etwas anders gefragt. Statt der Vorgabe „etwas“ Interesse gab der Allbus „mittel“ vor. Doch dürften sich hieraus keine Verzerrungen auf der Datenebene ergeben, auch wenn diese grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden können. Vgl. Rolf Porst, 2008, Fragebogen. Ein Arbeitsbuch, Wiesbaden.*
- 3] *Claudio Caballero, 2005, Nichtwahl, in: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, S. 335.*
- 4] *Vgl. ebd.*
- 5] *Dieter Roth, Andreas M. Wüst, 2011, Die Ablösung der großen Koalition, Volksparteien im Tief oder: Angela Merkel wechselt ihren Koalitionspartner, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Am Ende der Gewissheiten. Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung, München, S. 287.*
- 6] *Rüdiger Schmitt-Beck, 2011, Parteibindungen, in: Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Wessels (Hrsg.), Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, S. 157; Dieter Roth, Andreas M. Wüst, 2011, Die Ablösung der großen Koalition, Volksparteien im Tief oder: Angela Merkel wechselt ihren Koalitionspartner, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Am Ende der Gewissheiten. Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung, München, S. 287. In jedem der Artikel wird – ebenso wie in dieser Umfrage – mit einer leicht unterschiedlichen Abfrageform die Parteiidentifikation erfasst, so dass keine genaue Vergleichbarkeit besteht. In der Tendenz ergibt sich hingegen bei allen unterschiedlichen Messmethoden der Parteiidentifikation ein ähnliches Ergebnis.*
- 7] *Vgl. Kapitel 2 Forschungsstand.*
- 8] *Rüdiger Schmitt-Beck, 2011, Parteibindungen, in: Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Wessels (Hrsg.), Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, S. 157.*
- 9] *Hierfür wurden die Datensätze 2005 und 2009 zusammengeführt.*
- 10] *Die anderen Parteien werden aufgrund der geringen Fallzahl nicht ausgewiesen.*
- 11] *Die Parteiidentifikation gehört zum sozialpsychologischen Modell. Zur Erklärung des Wahlverhaltens werden die Parteiidentifikation als langfristige und die Kandidaten- und Themenorientierung als kurzfristige Erklärungsvariablen herangezogen.*
- 12] *Vgl. zur Wahlnorm Kapitel 2.*

- 13| Vgl., Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton.
- 14| In der Umfrage wurden wesentlich mehr Items abgefragt, welche nicht in die Faktorenanalyse einfließen, da sie nicht die Kriterien erfüllten. Der erste Faktor erklärt 30,8 Prozent der Varianz, der zweite Faktor 17,3 Prozent.
Bei einer Faktorenanalyse findet eine „Itemselektion“ statt. Von einer Vielzahl von Variablen sollen diejenigen gesucht werden, die miteinander zusammenhängen. Es werden Gruppen von Variablen gesucht, welche „Hintergrundvariablen“ bilden und damit das Nichtwahlverhalten erklären. Das Ziel ist, die Komplexität zu reduzieren. Variablen, die im statistischen und inhaltlichen Sinne nicht geeignet sind, werden schrittweise entfernt. Variablen Vgl. Nina Baur, Sabine Fromm (Hrsg.), 2008, *Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene*. Ein Arbeitsbuch, Wiesbaden, S. 314 ff.
- 15| Die erklärte Varianz des ersten Faktors beträgt 25,617 Prozent, des zweiten Faktors 17,088 und des dritten Faktors 12,582 Prozent.
- 16| In mehreren unterschiedlichen multiplen und logistischen Regressionsanalysen war die Erklärungskraft der Parteiidentifikation, des politischen Interesses und der Wahlnorm immer am stärksten.
- 17| Bei der qualitativen Studie handelt es sich um eine Voruntersuchung (Pretest) für repräsentative Umfragen. Die GMS Dr. Jung GmbH hat dafür im Zeitraum vom 16. September bis 17. Oktober 2011 39 etwa 60-minütige qualitative Leitfadeninterviews im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung geführt. Die Ergebnisse der qualitativen Umfrage sind in die repräsentative Nichtwählerumfrage eingeflossen.
- 18| Vgl. die Ergebnisse zu den Spitzenkandidaten und dem Wahlausgang in dieser Studie.
- 19| Die Faktorladungen waren zu niedrig, so dass das Item selektiert wurde. Auf die Nichtwählerschaft bezogen stimmen 50 Prozent ehemaliger Unionswähler der Aussage zu: „Die CDU/CSU hält nicht mehr an ihren konservativen Tugenden und Werten fest“.
- 20| Die Nennungshäufigkeit jedes einzelnen Motivs ist jeweils etwas höher als bei denjenigen, die eher selten die Wahl der CDU angeben.

7. DIE SOZIALSTRUKTUR DER NICHTWÄHLER

In der Umfrage gibt es in Bezug auf die Sozialstruktur Abweichungen¹ zu anderen Nichtwählerstudien. In unserer Umfrage ist der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Wahlabstinenz nicht so deutlich wie in anderen Untersuchungen. Schäfer kommt zu dem Befund: „Je geringer gebildet Menschen sind, desto seltener wählen sie“.² Allerdings bestätigen Steinbrecher/Rattinger diesen Befund (ebenfalls für die Bundestagswahl 2009) nicht.³ In unserer Umfrage gilt für die Nichtwähler von 2005, dass die mittleren Abschlüsse überrepräsentiert sind, die niedrigen Bildungsabschlüsse jedoch seltener verbreitet sind. In der Gruppe der Nichtwähler von 2009 sind niedrig Gebildete etwas über- und hoch Gebildete etwas unterrepräsentiert (siehe Tabelle Statistik der Befragungspersonen, Seite 47).

Der Alterseffekt⁴ lässt sich nicht so präzise nachweisen, wie er anhand der repräsentativen Wahlstatistik auftauchen müsste. Bei den Nichtwählern von 2009 ist er sichtbar, 2005 ist er etwas schwächer ausgeprägt, aber vorhanden.⁵

Aber auch die Berufsstruktur und die Erwerbstätigkeit stützen die These der „Randständigkeit“ der Nichtwähler nicht. Der Arbeiteranteil ist unter- und der Angestelltenanteil überrepräsentiert. Allerdings wurden keine weiteren Variablen erhoben, die eine feinere Sozialstrukturanalyse ermöglichen.

Statistik der Befragungspersonen				
	2005	2005*	2009	2009**
Alter in Jahren				
20-24 (2005*, 2009**: 18-29)	-	13	25	16
24-34 (2005*, 2009**: 30-44)	21	30	-	27
35-44	18	-	16	-
45-59	29	25	29	30
60 und älter	32	32	30	27
Geschlecht				
männlich	48	49	47	50
weiblich	52	51	53	50
Schulabschluss				
Haupt- oder Volksschulabschluss	27	31	31	25
Mittlere Reife oder Abschluss POS	42	34	35	33
Abitur, Fachhochschulreife, Gymnasium (ohne erweit. Obersch. EOS)	30	31	31	36
von der Schule abgegangen/ ohne Schulabschluss	-	-	1	-
noch in Schulausbildung	-	-	1	-

Fehlende Werte auf 100%: keine Angabe
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

* Quelle: Bericht der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 122
** Quelle: Bericht der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 138

In einem Punkt unterscheiden sich Nichtwähler und Wähler hingegen deutlich. Nichtwähler gehören zu einem geringeren Teil einer Konfession an. Betrug der Anteil der Konfessionslosen 2009 insgesamt 25 Prozent, waren es bei den Nichtwählern 40 Prozent, was jedoch zum Teil durch die größere Wahlabstinentz in den neuen Ländern erklärt werden kann.

Die Forschungsgruppe Wahlen weist die Kirchgangshäufigkeit in den Wahlanalysen lediglich für die alten Bundesländer aus, da sie in den neuen Ländern insgesamt zu niedrig ist, um gemessen zu werden. Daher sind die Daten nicht direkt vergleichbar. Nimmt man jedoch nur diese Daten, gehen in den alten Ländern 43 Prozent „selten oder nie“ in die Kirche. Von den Nichtwählern in den alten Ländern gehen 54 Prozent nie oder selten in die Kirche.

Es kann nicht geprüft werden, ob durch das von uns gewählte Untersuchungsdesign tatsächliche Nichtwähler erfasst wurden und somit das Problem des „Overreportings“ der gut situierten Schichten begrenzt

wurde. Eine gewisse Plausibilität spricht dafür, dass durch das Design methodische Artefakte reduziert wurden und die hier erhobenen Daten belastbar und somit aussagekräftig für das Sozialprofil der Nichtwähler sind.

Statistik der Befragungspersonen				
	2005	2005*	2009	2009**
Sind Sie zur Zeit...				
Voll-/Teilzeitserwerbstätig (auch Mini-Jobs)	57	50	52	55
arbeitslos (ohne „Ein-Euro-Job“)	4	5	8	3
Rentner oder Pensionär	31	27	29	22
Schüler an allgemeinbildender Schule	-	-	1	-
Fachschüler	-	-	-	-
Student	1	-	4	-
Hausfrau/Hausmann	5	-	4	-
Wehr-/Zivildienstleistender	-	-	-	-
NEUE BASIS: Erwerbstätige				
Sind Sie...				
Arbeiter	22	28	27	26
Angestellter	60	43	57	42
Beamter (auch: Berufssoldat/Richter)	8	7	6	7
Landwirt	-	-	-	-
Freiberufler	2	-	3	-
sonstiger Selbstständiger oder Unternehmer	8	9	7	10
mithelfender Familienangehöriger	-	-	-	-
Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?				
evangelisch	31 (36)	39***	29 (33)	34 (37)
katholisch	26 (32)	39***	25 (31)	32 (38)
anderer	4 (4)	-	6 (7)	-
keiner	38 (27)	16***	40 (28)	25 (17)
Wie oft gehen Sie im Allgemeinen in die Kirche?				
mehrmals in der Woche	3 (3)	-	2 (2)	-
einmal in der Woche (FGW: jede Woche)	5 (3)	9***	3 (3)	8***
mindestens einmal im Monat	6 (7)	-	6 (7)	-
mehrmals im Jahr	23 (26)	-	18 (22)	-
einmal im Jahr (FGW: ab und zu)	10 (11)	27***	12 (11)	23***
seltener als einmal im Jahr	14 (16)	-	16 (16)	-
nie (FGW: selten, nie)	38 (31)	42***	42 (38)	43***

Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe (weiß nicht)
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2011

* Quelle: Bericht der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 122
** Quelle: Bericht der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 138
*** Daten nur für Westdeutschland publiziert
Angaben in Klammern Westdeutschland

- 1| *In mehreren multiplen Regressionen leistete die Sozialstruktur keinen Beitrag zur Erklärung der Nichtwahl. Auch das Alter war nicht signifikant.*
- 2| *Armin Schäfer, 2001, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger, in: Evelyn Bytze, Sigrid Roßteutscher (Hrsg.), Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt, S. 153.*
- 3| *Markus Steinbrecher, Hans Rattinger, 2011, Die Wahlbeteiligung, in: Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Wessels (Hrsg.), Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, S. 85.*
- 4| *ebd. Bei ihnen hat Alter auch keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, an der Bundestagswahl 2009 teilzunehmen.*
- 5| *Die Darstellung der Altersgruppen folgt den Wahltagsbefragungen. Bei den Nichtwählern ist das aktuelle Alter angegeben und nicht das Alter zum Wahlzeitpunkt. Daher sind die Nichtwähler 2009, die in der Altersgruppe 24-34 Jahre sind, die Jung- und Erstwähler von 2005.*

DIE AUTORIN

Dr. Viola Neu wurde 1964 in Ludwigshafen/Rhein geboren und ist seit 1992 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie studierte Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht und Neuere Deutsche Philologie in Mannheim. Bis Mai 2000 war sie Leiterin der Abteilung Empirische Politikforschung, danach Leiterin des Teams Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung und seit 2011 Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de*

*Dr. Viola Neu
Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de*